

Ein klares Signal der Bundesregierung an die junge Generation ist gefordert: Die Kindergrundsicherung finanziell absichern und junge Menschen an der politischen Ausgestaltung beteiligen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Diese Arbeit wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. / This work has been funded by the Federal Ministry of Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth (BMFSFJ).

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bundesjugendkuratorium. (2023). *Ein klares Signal der Bundesregierung an die junge Generation ist gefordert: Die Kindergrundsicherung finanziell absichern und junge Menschen an der politischen Ausgestaltung beteiligen.* (Publikationen des Bundesjugendkuratoriums der 20. Legislaturperiode). München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96503-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

APPELL DES BUNDESJUGENDKURATORIUMS

06.03.2023

EIN KLARES SIGNAL DER BUNDESREGIERUNG AN DIE JUNGE GENERATION IST GEFORDERT: DIE KINDERGRUNDSICHERUNG FINANZIELL ABSICHERN UND JUNGE MENSCHEN AN DER POLITISCHEN AUSGESTALTUNG BETEILIGEN

Viele junge Menschen erfahren in unserer Gesellschaft, was es bedeutet in Armut aufzuwachsen. Sie teilen sich mit ihren Eltern die knappen finanziellen Mittel, rechnen im Haushalt, was man sich leisten kann und was nicht und erfahren gegenwärtig die Folgen der erhöhten Energiekosten und Inflation hautnah. Sie wissen, was es bedeutet Formulare auszufüllen und auf Bescheide zu warten. Sie erleben, dass ihre Eltern oder sie selbst keine Anträge stellen oder keine Hilfe in Anspruch nehmen, weil sie sich stigmatisiert fühlen oder es zu kompliziert ist. Zudem kennen viele junge Menschen die Überlegungen, ob sie einen längeren Ausbildungsweg einschlagen oder ein Studium aufnehmen, sich ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) leisten können etc. oder ob sie sofort Geld für sich und die Familie verdienen müssen. Die Bundesregierung sollte diese Erfahrungen wahrnehmen und darum auch bei der Ausgestaltung der Kindergrundsicherung die Stimmen der jungen Generation hören, ihre Erfahrungen kennenlernen und sie bei der Ausgestaltung ressortübergreifend beteiligen.

Die Bundesregierung kann jetzt, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, der jungen Generation ein starkes Signal senden, dass sie einerseits mit der Kindergrundsicherung die soziale Lage und Teilhabechancen vieler junger Menschen in unserer Gesellschaft deutlich verbessern *und* andererseits den Zugang zu sozialen Leistungen, u.a. durch eine Bündelung und Digitalisierung, erleichtern will. Um beides gleichzeitig und zielgenau zu erreichen, sind aber auch die jungen Menschen an der politischen Ausgestaltung zu beteiligen.

JUNGEN MENSCHEN JETZT EIN SIGNAL GEGEN KINDER- UND JUGENDARMUT SENDEN

- In den vergangenen Monaten ist viel darüber gesprochen worden, dass die jungen Menschen im Rahmen der Regulationen der *Covid-19-Pandemie* politisch zu wenig beachtet wurden und unverhältnismäßig stark von den Maßnahmen betroffen waren. Der Deutsche Ethikrat hat im Herbst 2022 gefordert, die junge Generation besser zu unterstützen, als es in Zeiten der Covid-19-Pandemie gelungen ist. Durchgängig hat die Forschung in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass insbesondere junge Menschen betroffen waren, die in prekären Lebenslagen oder in Armut leben. Letztlich hat die Zeit der Pandemie noch einmal offengelegt, dass die Verbesserung der sozialen Teilhabegerechtigkeit junger Menschen ein – wenn nicht der – zentrale Ansatz ist, um die Gesundheit und Zugänge zu Beteiligung, Bildung, Förderung und Schutz junger Menschen auch krisenresilienter zu gestalten.

FINANZIELLE ABSICHERUNG DER KINDERGRUNDSICHERUNG

- Beides – bürokratische Zugänge zu sozialen Leistungen zu vereinfachen, um auch die verdeckte Armut zu bekämpfen *und* die sozialen Teilhabechancen gerechter zu gestalten – ist nicht kostenneutral zu erreichen. Sie bedürfen der finanziellen Absicherung und eines ressortübergreifenden politischen Willens zur rechtlichen sowie organisationalen Bündelung und besseren finanziellen Ausstattung der sozialen Leistungen für die jungen Menschen, die seit vielen Jahren gefordert wird. Dies ist politisch nur gestaltbar, wenn die gesamte Bundesregierung sich zu dieser Aufgabe bekennt und ein deutliches Signal für die junge Generation und gegen die Kinder- und Jugendarmut setzt und dies auch finanziell unterfüttert.

Das Bundesjugendkuratorium hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren intensiv mit der Chancengerechtigkeit von jungen Menschen in unserer Gesellschaft und der Kinder- und Jugendarmut z.B. im Rahmen der Digitalisierung oder Covid-19-Pandemie auseinandergesetzt. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut eine gesamtgesellschaftliche und politisch eine ressortübergreifende Aufgabe ist. Mit der Einführung der Kindergrundsicherung würde es zu einem Paradigmenwechsel kommen, da bestehende Leistungen für junge Menschen in einer einheitlichen Leistung zusammengefasst werden würden. Die Gegenwart und Zukunft der jungen Generation werden in allen Ministerien und auf allen politischen Ebenen gestaltet.

INVESTITION IN DIE JUNGE GENERATION ALS ZUKUNFTSSICHERUNG

- Die demographische Entwicklung erfordert mehr denn je eine Investition in die junge Generation. Diese ist ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der sozialen und ökonomischen Zukunft unserer Gesellschaft. Der aktuelle Fachkräftemangel zeigt deutlich, dass es fahrlässig wäre, wenn junge Menschen eine Ausbildung oder ein Studium nicht antreten oder erst gar nicht einen entsprechenden Bildungsweg einschlagen, der zu einer entsprechenden Ausbildung führt, weil sie in Armutslagen leben.

Auch die Bildungsstudien verweisen in den letzten Jahren durchgängig darauf, dass die ungleichen sozialen Bedingungen der jungen Menschen ein maßgeblicher Faktor für den Bildungserfolg der jungen Menschen sind. Der demographische Wandel erfordert geradezu die Bildungs- und Teilhabechancen zu verbessern. Die Kindergrundsicherung wäre so auch nachhaltiger Beitrag zur Fachkräfte-sicherung.

GERECHTIGKEIT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

- Über Generationengerechtigkeit ist in den letzten Jahren immer wieder gesprochen worden. Gerade angesichts von Klimakrisen, globalen Herausforderungen und demographischem Wandel wird in Zukunft verstärkt und neu über die Generationengerechtigkeit gesprochen werden. Gegenwärtig wird das Argument der Generationengerechtigkeit vor allem im politischen Raum eingebracht, wenn große öffentliche Investitionen diskutiert werden und auf die nachhaltige fiskalische Belastung der jungen Generation verwiesen wird. Doch es wäre aus der Sicht des Bundesjugendkuratoriums nicht richtig, dieses Argument gegen die junge Generation selbst zu wenden. Im Gegenteil: Wenn die junge Generation erfährt, dass es das Interesse der Bundesregierung ist, die Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe junger Menschen zu verbessern, und sie gerade in ihre Lebenslagen investiert, wird sie später auch die Belastungen aus der Gegenwart annehmen können.
- Das Bundesjugendkuratorium fordert darum die Bundesregierung ressortübergreifend auf, die jungen Menschen an der Ausgestaltung der Kindergrundsicherung insbesondere bei einer Neuberechnung der kindlichen Bedarfe zu beteiligen sowie die rechtlichen, organisationalen und finanziellen Bedingungen zu schaffen, damit eine Kindergrundsicherung verwirklicht wird, die bei den jungen Menschen ankommt und die Teilhabechancen vieler junger Menschen deutlich verbessert. Es könnte ein politischer Aufbruch zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit und Teilhabechancen junger Menschen sein und eine Antwort auf die seit vielen Jahren – und viel zu lange – geführte politische Diskussion um Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Es wäre ein klares Signal der Bundesregierung an die junge Generation, dass sie mit ihren Anliegen anerkannt und beteiligt wird.

DAS BUNDESJUGENDKURATORIUM

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigen-gremium. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Dem BJK gehören bis zu 15 Sachverständige aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft an. Die Mitglieder werden durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Dauer der laufenden Legislaturperiode berufen.

■ MITGLIEDER DES BJK

VORSTAND

Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Daniela Broda
Baro Vicenta Ra Gabbert

MITGLIEDER

Marie Borst
Christine Buchheit
Prof. Dr. Aladin El-Mafalaani
Prof. Dr. Florian Gerlach
Daniel Grein
Nikolas Karanikolas
Prof. Dr. med. Michael Kölch
Cornelia Lange
Dr. Christian Lüders
Nadja Rückert
Melissa Sejdi
Dr. Kristin Teuber

STÄNDIGER GAST

Prof. Dr. Sabine Walper

■ IMPRESSUM

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik
Dr. Pia Jaeger, Dr. Max Reinhardt, David Schnell
Nockherstraße 2 | 81541 München

E-Mail: bundesjugendkuratorium@dji.de

GESTALTUNG: Schlereth Design

SATZ: Heike Tiller

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-96503-6

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend